



HESSISCHER LANDTAG

31. 01. 2023

DDA

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Public Money, Public Code – Für eine hessische Open Source-Initiative

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag erkennt die Open Source-Definition der Open Source Initiative an. Demnach muss Open Source-Software frei verteilbar und mit öffentlichem Quellcode ausgestattet sein, Veränderung und technologieneutrale Lizenzierung ermöglichen sowie diskriminierungsfrei gegen Einzelne, Gruppen oder Betätigungsfelder einsetzbar sein. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese als handlungsleitend für den Einsatz offener und diskriminierungsfreier Software und Hardware in der Landesverwaltung zu erklären.
2. Open Source ist ein wesentlicher Bestandteil einer europäischen Strategie der digitalen Souveränität. Mit Open Source kann Hessen technologische Abhängigkeiten vermindern und Risiken für den Schutz der Daten und die Cyber-Sicherheit minimieren.
3. Mit öffentlichen Mitteln sollte verstärkt die Entwicklung von Software mit öffentlichem Code und offenen Standards unterstützt werden. Der Code sollte in der Open CoDE-Datenbank öffentlich verfügbar gemacht werden. Im Rahmen der Entwicklung von Software für die öffentliche Hand wird ein besonderer Fokus auf die Barrierefreiheit der Software gelegt. Eingesetzte und entwickelte Software sollte dabei anschlussfähig an gängige proprietäre Software sein, um Insellösungen zu vermeiden und die Datenübertragung zwischen entsprechend berechtigten Stellen zu ermöglichen.
3. Die Landesregierung stellt sicher, dass eingesetzte und entwickelte Software nach den Prinzipien privacy-by-design und -by-default gemäß Artikel 25 DSGVO sowie security-by-design und -by-default funktioniert. Diese Prinzipien stellen sicher, dass Sicherheitsaspekte bei Softwareprojekten bereits in der Entwicklung und dann über die gesamte Lebensdauer mitgedacht werden und mithilfe sicherheitsrelevanter Voreinstellungen die Gefährdung durch falsche Nutzung reduziert wird.
4. Die Landesregierung sollte transparent und öffentlich begründen, wenn sie keine Open-Source-Lösung nutzt und warum nicht, etwa weil es innovativere Lösungen gibt.
5. Die Landesregierung soll prüfen, an welchen Stellen der Einsatz von Open Source-Software an mangelnder Rechenkapazität scheitert und für diesen Fall die benötigte Rechenkapazität zentral zur Verfügung stellen.
6. Die Landesregierung schafft ein Beratungsangebot für die Verwaltung, um die Einführung von Open Source-Software zu begleiten.
7. Die Ausrichtung einer European Metaverse Convention in Hessen soll die klügsten Köpfe Europas zusammenbringen und dazu beitragen, ein öffentliches Metaverse zu gestalten, das den Anforderungen europäischer Datenschutzpolitik genügt und als sicheres und verlässliches Netzwerk im Web 3.0 konkurrenzfähig mit den etablierten Digitalplattformen ist.

Begründung:

Der Begriff „Digitale Souveränität“ wird immer wieder bemüht und erfährt durch die wachsende Gefahr durch Cyberangriffe eine neue, enorme Bedeutung. In einer Studie der Europäischen Kommission zum „Einfluss von Open Source Software und Hardware auf technologische Unabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation im EU-Wirtschaftsraum“ ist eine zentrale Handlungsempfehlung die Förderung von Open Source zur Stärkung von digitaler Souveränität.

Aufgrund der Struktur der europäischen Digitalwirtschaft kommt die Förderung von Open Source Anwendungen und Produkten zudem ein Unterstützungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen gleich, die hier das Rückgrat ausmachen. Zwar ist der Handel mit internationalen Digitalkonzernen nicht grundsätzlich zu verurteilen, aufgrund ihrer Marktmacht droht jedoch bei zu großer Konzentration auf ihre Produkte eine Abhängigkeit, die nicht im Sinne staatlicher Akteure ist. Open Source verringert derartige Abhängigkeiten nicht nur kurzfristig, sondern ermöglicht aufgrund der inhärenten Prinzipien auch Anbieterwechsel und flexible Anpassung an die Bedürfnisse der Anwender. Somit werden auch problematische Effekte einer Pfadabhängigkeit vermindert. Das kürzlich verkündete Open Source-Videokonferenzsystem für die Landesverwaltung auf der Basis des Open Source-Produkts Jitsi oder das erst spät erfolgreiche Projekt zur Einführung eines Videokonferenzsystems für Schulen mit Integration in das Schulportal, bei dem die Landesregierung der Open Source-Lösung BigBlueButton den Zuschlag gab, zeigen dies in Ansätzen.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich alle staatlichen Ebenen in den laufenden und kommenden Jahren massiv um die Digitalisierung des Staates bemühen, liegt der Schlüssel zur Sicherung der digitalen europäischen Souveränität in einem verstärkten Einsatz von Open Source-Lösungen in den kommenden Jahren. Die Verhinderung einer digitalpolitischen Abhängigkeit Hessens, Deutschlands und Europas ist auch als Krisenvorsorge im Hinblick auf wachsende Bedrohungen durch Cyberkriminalität und digitale Kriegsführung essenziell.

Dabei darf man jedoch nicht außer acht lassen, dass Begründer innovativer Ansätze gegebenenfalls ihren Wettbewerbsvorteil verlieren, wenn sie ihr Kapital, den Quellcode, veräußern. Das soll staatliche Institutionen nicht davon abhalten, die innovativsten verfügbaren Technologien zu nutzen. Deshalb wollen wir besonders innovative Technologien unter einen Innovationsvorbehalt stellen. Diese Entscheidung soll jedoch einzelfallbezogen getroffen und idealerweise anhand eines Gutachtens begründet werden.

Das Metaverse ist auf dem Vormarsch und mit ihm das sogenannte Web 3.0. Doch in dieser Entwicklung laufen Europa und Deutschland den etablierten Digitalriesen hinterher. Ohne eine schnelle und gemeinsame Kraftanstrengung wird auch dieses Rennen um die technologische Vorherrschaft an jene Digitalplattformen gehen, auf denen staatliche Stellen ohne erhebliche Bedenken der Datenschutzbehörden nicht einmal mehr vertreten sein dürfen. Es liegt also im Interesse öffentlicher Institutionen, sich um den Aufbau eines Metaverse zu bemühen, das nach offenen Standards entwickelt wurde und mit diskriminierungsfreien, transparenten Algorithmen arbeitet. Auch diese Maßnahme unterstützt Europa dabei, seine digitale Souveränität zu behalten und Abhängigkeiten von undemokratischen Systemen zu verringern.

Wiesbaden, 31. Januar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock